



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Wir sind umgezogen!

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621
charlotte-biskup@web.de

Öffnungszeiten:
Mo., Di. + Fr. 9-12Uhr

Konstanz, 18.06.2007

Pressemitteilung: „Grüne für Car-Sharing-Stellplätze im öffentlichen Raum!“

Grüner Landtagsabgeordneter Lehmann begrüßt die Absicht der Bundesregierung, künftig die Einrichtung von Car-Sharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum zu ermöglichen. „Aus klimapolitischen Gründen ist dieser Vorschlag wirklich unterstützenswert. Es bleibt zu hoffen, dass das Land seine ablehnende Haltung nochmals überdenkt!“

Die Bundesregierung beabsichtigt, das Straßenverkehrsrecht so zu ändern, dass Kommunen künftig gesonderte Car-Sharing-Stellplätze im öffentlichen Raum einrichten können. Die Entscheidung, ob, wie und in welchem Umfang davon Gebrauch gemacht wird, kann jede Kommune selbst treffen. Die Grünen begrüßen diese Initiative der Bundesregierung, da damit das Konzept des Car-Sharing neue Impulse bekommt. „Je mehr Car-Sharing, desto weniger Kraftfahrzeuge müssen in den Städten Platz finden. Für Kommunen wie Konstanz oder Radolfzell, die aufgrund ihrer gewachsenen historischen Altstädte ohnehin beengte Straßen und damit nur eingeschränkten Parkraum zur Verfügung haben, kann diese neue Regelung langfristig eine Entspannung für den öffentlichen Raum bieten“, freut sich der Konstanzer Abgeordnete Lehmann. „Zwei Stellplätze vor dem Konstanzer Bahnhof für die Car-Sharing-Organisationen würde die Attraktivität des Teil-Auto-Konzepts massiv steigern! Gerade an Stellen, welche für die Mobilität aufgrund zahlreicher Anschlussmöglichkeiten zu Bus und Bahn große Bedeutung haben, wären Parkplätze für die Car-Sharing-Fahrzeuge von großem Nutzen!“

Die Car-Sharing-Organisationen haben in den vergangenen Jahren deutlichen Zulauf erfahren. Aus kleinen Anfängen heraus sind sie zu bundesweit agierenden Unternehmen geworden, die durch ihre

Kooperation miteinander punkten können. „In vielen Städten stoßen die Car-Sharing-Organisationen jedoch an ihre Grenzen, da es in den interessanten Lagen oftmals keine Möglichkeiten gibt, die Fahrzeuge bereitzustellen. Nutzer des Car-Sharings müssen daher weite Wege gehen, um sich ein Fahrzeug abzuholen“, erläutert der Abgeordnete Siegfried Lehmann, denn bisher ist es den Unternehmen rechtlich verwehrt, die Fahrzeuge im öffentlichen Raum abzustellen. Dies soll nun jedoch geändert werden. Die Kommunen teilen das Interesse der Car-Sharing-Organisationen und begrüßen überwiegend die geplanten Änderungen von Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrsgesetz und diesbezügliche Verwaltungsvorschriften.

Widerstand kommt hingegen von der Landesregierung, obwohl das Land von dieser neuen Regelung gar nicht berührt ist. In einer Stellungnahme zu einem Antrag der Grünen im Landtag werden die Gesetzesänderungen kritisch beurteilt. Parkprivilegien forderten viele Gruppen, der öffentliche Parkraum sei begrenzt und nicht erweiterbar, die Verminderung von Umweltbelastungen begrenzt, eine gesetzliche Festlegung verfrüht – so Innenminister Rech in der Antwort auf den Antrag der Grünen.

Diese Haltung kritisiert der Grüne Landtagsabgeordnete Lehmann. „Die Landesregierung hat den Vorschlag der Bundesregierung offensichtlich nicht verstanden. Es geht nicht darum, den Kommunen vorzuschreiben, was sie tun oder lassen sollen. Jede Kommune soll schließlich selbst entscheiden können, ob die Förderung der Car-Sharing-Organisationen bei ihr sinnvoll und gewünscht ist. Eine Unterstützung für Car-Sharing kann eben am sinnvollsten durch die Kennzeichnung von Stellplätzen im öffentlichen Raum geschehen. Car-Sharing ist nicht einfach nur die gemeinsame Nutzung von Kraftfahrzeugen: Wer als Car-Sharing-Mitglied auf ein eigenes Auto verzichtet, nutzt wesentlich häufiger öffentliche Verkehrsmittel. Daher ist die Ausweitung von Car-Sharing-Angeboten ein klimapolitisches und damit gesellschaftliches Ziel und sollte nicht durch bürokratische Hürden gehemmt werden!“ Die Grüne Landtagsfraktion fordert daher die Landesregierung auf, im Bundesrat den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwürfen zuzustimmen.